

ARGUMENTE

KEINE VERPACKUNGSSTEUER IN RINTELN – BELASTUNG OHNE WIRKUNG

Dafür stehen wir Freie Demokraten aus Rinteln:

Wir wollen eine starke lokale Wirtschaft, faire Chancen für unsere Gastronomen und bezahlbare Angebote für Familien. Neue Steuern wie die Verpackungssteuer belasten Bürger und Betriebe, ohne dass ein echter Nutzen entsteht. Statt Zwang und Bürokratie setzen wir auf die Bereitschaft von Unternehmen und Verbrauchern, freiwillig Mehrweg zu nutzen und umweltfreundlich zu handeln. Denn nachhaltiges Verhalten funktioniert am besten dann, wenn es aus Überzeugung geschieht und nicht durch neue Abgaben erzwungen wird.

- **Keine neue Steuer auf Kosten von Gastronomie und Familien**
- **Rinteln wirtschaftsfreundlich und attraktiv halten**
- **Bürokratie abbauen statt neue Hürden schaffen**

WAS WOLLEN SPD / GRÜNE / RI?

SPD, Grüne und RI wollen eine kommunale Verpackungssteuer nach Tübinger Vorbild einführen. Besteuert werden sollen Einwegverpackungen, Geschirr und Besteck, wenn Speisen oder Getränke zum Mitnehmen verkauft werden. Pro Verpackungseinheit sind 50 Cent fällig, für Einwegbesteck weitere 20 Cent. Die Steuer ist pro Menü auf 1,50 Euro gedeckelt. Eine fünfköpfige Familie zahlt im Imbiss bis zu 7,50 Euro mehr.

Die FDP Rinteln spricht sich dagegen aus.

WARUM WILL DIE FDP RINTELN KEINE VERPACKUNGSSTEUER?

Die Freien Demokraten Rinteln sehen in der Verpackungssteuer eine zusätzliche Belastung für Bürger und Betriebe, ohne dass ein echter Nutzen entsteht. Schon in Tübingen hat die Steuer nicht zu weniger Müll geführt. Stattdessen zahlen Familien im Imbiss mehrere Euro mehr und die Gastronomie kämpft mit zusätzlicher Bürokratie.

Für die Verwaltung bedeutet die Steuer ebenfalls Mehrarbeit. Es müsste sogar eine zusätzliche Stelle geschaffen werden, nur um das System zu kontrollieren und abzuwickeln. Gastronomen würden in aufwändige und teure Mehrwegsysteme gedrängt, die hohe Investitionen in Spültechnik, Wasseranschlüsse und Lagerkapazitäten erfordern.

Rinteln wäre die einzige Kommune im Landkreis Schaumburg mit einer solchen Sondersteuer. Das verschafft den Nachbarstädten einen klaren Wettbewerbsvorteil, während unsere einheimischen Betriebe ins Hintertreffen geraten.

Viele würden sich von unseren Märkten und Festen fernhalten, weil der Aufwand zu hoch ist. Auch für Touristen und Radtouristen wird Rinteln unattraktiver: Wer auf der Durchreise ist, zahlt drauf, weil er nicht spontan in unser Mehrwegsystem eingebunden ist.

Sogar die Umsatzsteuer würde steigen, weil die Verpackungssteuer auf den Verkaufspreis aufgeschlagen und damit automatisch mit versteuert wird. Am Ende bleibt also nicht weniger Müll, sondern nur mehr Kosten und Bürokratie für alle.

WIE WOLLEN DIE FREIEN DEMOKRATEN DAS MÜLLPROBLEM ANGEHEN?

Müll wegwerfen ist schon heute verboten, es muss nur konsequent durchgesetzt werden. Mehrwegangebote sind gesetzlich vorgeschrieben, die Bürger entscheiden selbst, ob sie diese nutzen. Wir setzen auf Freiwilligkeit und Eigenverantwortung statt auf neue Steuern und Bürokratie.

„Die Verpackungssteuer trifft Familien und Gastronomen hart, ohne dass weniger Müll entsteht. Wir wollen keine neuen Steuern, sondern eine starke und attraktive Stadt.“



Dr. Fabian Horn



Philipp Horstmann

„Ein Besuch im Imbiss muss bezahlbar bleiben. Statt neuer Steuern brauchen wir weniger Bürokratie und mehr Freiheit für unsere Betriebe.“



fdp_rinteln